

Sitzungsniederschrift

7. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Sitzungsort: Heimathafen Hage, Hauptstr. 26, 26524 Hage		
Sitzungsdatum: 26.09.2017	Sitzungsbeginn: 15:00 Uhr	Sitzungsende: 18:06 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Kleinert, Ingeborg	SPD	
Mitglieder		
Albers, Angelika	GRÜNE	
Bargmann, Bodo	CDU	
Fohrden, Siebelt	CDU	
Hoffmann, Gerhard	FW	
Ihnen, Hermann	SPD	
Klopsch, Ute	AfD	
Meyer, Alfred	SPD	Vertretung für Frau Anita Biller
Röben, Hinrich	SPD	Vertretung für Frau Ida Bienhoff-Topp
Sell, Erwin	SPD	Vertretung für Herrn Hinrich Albrecht
Tammen, Harald	CDU	
Ubben, Hilde	AWG	
Warmulla, Reinhard	DIE LINKE.	
Beratende Mitglieder		
Bagusat, Klaus-Dieter		
Borm, Hans-Joachim		
Gerdess, Richard		
Hülsebus, Dieter		
Pieschke, Bärbel		
Tobiassen, Bernd		

Verwaltung

Bredthauer, Doris Prof. Dr.	Leiterin des Amtes für Gesundheitswesen
Jelden, Frauke	Gleichstellungsbeauftragte
Krabbe, Henni	Kreisrätin
Müller, Michael	Leiter des Sozialamtes
Puchert, Dr. Frank	Erster Kreisrat
Schäfer, Marcel	Protokollführer
Seemann, Volker	Abteilungsleiter Allgemeine Sozialhilfe
Herrmann, Darinka	Stellvertretende Gleichstellungsbeauftragte

Nicht anwesend:**Mitglieder**

Albrecht, Hinrich	SPD
Bienhoff-Topp, Ida	SPD
Biller, Anita	SPD

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1.	Eröffnung der Sitzung
2.	Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
3.	Feststellung der Tagesordnung
4.	Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 15.08.2017 - öffentlicher Teil -
5.	Einwohnerfragestunde
6.	Palliative Versorgung im Landkreis Aurich
7.	Vorstellung des Gleichstellungsplans
8.	Vorstellung des Landespsychiatrieplans
9.	Sachstandsbericht zur Gesundheitsregion
10.	Verschiedenes, Wünsche, Anregungen
11.	Einwohnerfragestunde
12.	Schließung der Sitzung

Öffentlicher Teil:

TOP 1 **Eröffnung der Sitzung**

Die **Vorsitzende Kleinert** eröffnete die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung um 15:00 Uhr und begrüßte die Mitglieder des Ausschusses sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung, der Presse sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer.

Vorsitzende Kleinert bedankte sich bei Herrn Freese (Projektleiter „Wohn- und KulturRaum Hage“) für die Möglichkeit, in der Einrichtung „Heimathafen“ die Sitzung abzuhalten.

Herr Freese stellte daraufhin die Einrichtung vor. Im „Heimathafen“ sollen Bewohnerinnen eine neue Heimat finden und sich dort beschäftigen. Zentraler Treffpunkt sei das Café. Insgesamt gebe es drei Säulen.

Über den Kulturraum Hage würden Musik, Lesungen und Theaterangebote vorgehalten. Hierzu zählten auch das Kommunikationscafé sowie öffentliche Bildungsangebote.

Der Werkraum Hage verfare nach dem Grundsatz: Senioren helfen Senioren und sehe ein Repaircafé und einen Werkstattbereich vor.

Der Wohnraum Hage stehe für barrierefreies wohnen. Aktuell gebe es 8 Wohnungen, nach dem Ausbau wären es 15 Wohnungen.

Auf Nachfrage des **beratenden Mitglieds Hülsebus** erklärte **Herr Freese**, dass sich die Einrichtung aus den barrierefreien Wohnungen, betreutem Wohnen und ambulanter Pflege refinanzieren.

Vorsitzende Kleinert bedankte sich abschließend für den Vortrag.

TOP 2 **Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Die **Vorsitzende Kleinert** stellte die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung fest.

TOP 3 **Feststellung der Tagesordnung**

Gegen die Tagesordnung wurden keine Einwände erhoben.

TOP 4 **Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 15.08.2017 - öffentlicher Teil -**

Abgeordneter Warmulla beklagte, dass folgende Fragestellungen im Protokoll der letzten Sitzung nicht festgehalten wurden:

- Welche Mittel stehen für die Integrationshilfe zur Verfügung?
- Welche Leistungen werden vom Land erstattet?
- Wie setzt sich der Betrag von 22,50 €?

Kreisamtsrat Müller wies darauf hin, dass diese Fragestellungen in der Ausschusssitzung am 15.08.2017 beantwortet worden sind. Er wiederholte die Antworten dahingehend, dass für Leistungen der Integrationshilfe durch den Jugendhilfeträger etwa 1.000.000,00 €, durch den Sozialhilfeträger 1.780.000,00 € zur Verfügung gestellt werden. Diese Ausgabepositionen sind abhängig von der vereinbarten Vergütung und der jeweiligen Anzahl an Integrationsleistungen, die für Schüler/innen, die einen entsprechenden Bedarf haben, erbracht werden.

Das Land erstattet einen pauschalierten Anteil für Inklusionsleistungen von 250.000,00 € an den Landkreis Aurich, 125.000,00 € für den Jugendhilfeträger, 125.000,00 € für den Sozialhilfeträger. Im Rahmen der Sitzung am 15.08.2017 wurde durch Herrn Epple darauf hingewiesen, dass ein Betrag von 22,50 € unbekannt ist und insofern zur Zusammensetzung auch nichts gesagt werden kann.

Abgeordnete Albers beantragte, die Niederschrift nicht zu genehmigen, da wesentliche Punkte aus dem Fragenkatalog des BÜNDISSES 90/ DIE GRÜNEN nicht beantwortet worden seien.

Vorsitzende Kleinert lies sodann über den Antrag der **Abgeordneten Albers** abstimmen. Der Antrag wurde mehrheitlich abgelehnt. Entsprechend wurde die Niederschrift über die Sitzung vom 15.08.2017 -öffentlicher Teil- mehrheitlich genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 11 Nein-Stimmen: 2 Enthaltungen: 0
➔ **mehrheitlich genehmigt**

TOP 5 **Einwohnerfragestunde**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

TOP 6 Palliative Versorgung im Landkreis Aurich

Frau Steinmeier (Geschäftsführerin PalliativeCareTeam) berichtete über die Palliativversorgung im Landkreis Aurich. Es gebe Palliativdienste in Aurich und Norden und einen Dienst in Wiesmoor, der in diesem Bereich unterstützend tätig sei. Eine stationäre Palliativversorgung gebe es im Landkreis Aurich nicht. Im Landkreis Aurich seien drei Teams ostfrieslandweit organisiert. Hierzu zählten neben dem gemeinnützig arbeitenden PalliativeCareTeam auch zwei private wirtschaftlich betriebene Praxen.

Aktuell seien im Bezirk Aurich 349 Hausärzte, 73 ermächtigte Ärzte, 138 Fachärzte und 28 Palliativmediziner niedergelassen.

Bei der spezialisierten ambulanten Palliativversorgung (SAPV) handele es sich um eine umfassende und aufwendige Betreuung, die seit 2007 abrechnungsfähig sei. Hierzu müsse ein Team mindestens drei MitarbeiterInnen haben, die eine Weiterbildung mit einem Umfang von 160 Stunden vorweisen könnten. Ärzte müssten eine Weiterbildung mit einem Umfang von 40 Stunden absolvieren. Pro Jahr würden ostfrieslandweit etwa 300 Personen durch das PalliativeCareTeam betreut.

Auf Nachfrage der **Abgeordneten Ubben** erklärte **Frau Steinmeier**, dass für den SAPV im Notfall ein Palliativarzt 24 Stunden erreichbar sei, der Hausarzt aber immer der behandelnde Arzt bleibe.

Die Frage des **beratenden Mitglieds Hülsebus** nach dem Bedarf an einem stationären Hospiz vermochte **Frau Steinmeier** nicht klar bejahen. Es gebe einen Bedarf, Sterbende kurzfristig stationär unterzubringen. Hierzu müssten bestehende Einrichtungen gestärkt werden. Das Pflegestärkungsgesetz, so **Frau Steinmeier** auf eine weitere Frage des **beratenden Mitglieds Hülsebus**, Sorge für steigende Anliegen aus den Pflegeheimen.

Vorsitzende Kleinert betonte die Notwendigkeit der palliativen Versorgung und bedankte sich bei Frau Steinmeier für Ihren Vortrag.

TOP 7 Vorstellung des Gleichstellungsplans

Gleichstellungsbeauftragte Jelden stellte den Gleichstellungsplan vor. Dieser sei ein wichtiges Instrument in der Gleichstellungsarbeit, dessen Ziele sich aus dem Niedersächsischen Gleichstellungsgesetz (NGG) ergäben.

Beim Landkreis Aurich seien aktuell insgesamt 709 weibliche und 437 männliche Beschäftigte tätig. Davon befänden sich 365 Frauen und 22 Männer in einer Teilzeitbeschäftigung. Von den insgesamt 138 Beamten seien 58 Frauen und 83 Männer. Insgesamt liege der Anteil am Beschäftigungsvolumen der Frauen bei 55,6 % und der Männer bei 44,4 %. Führungspositionen seien überwiegend männlich besetzt. Der Frauenanteil bei den Tarifbeschäftigten sei in den EG 13 bis EG 15 sei mit 57 % höher als bei vergleichbaren Beamtinnen.

Als Arbeitsmodelle beim Landkreis Aurich gebe es derzeit die Gleit- und Teilzeitarbeit, Telearbeit, Förderung der Verwendungsbreite, Hospitation, Notfall- und Ferienbetreuung sowie betriebliches Gesundheitsmanagement.

Auf Nachfrage des **Abgeordneten Warmulla** erklärte **Gleichstellungsbeauftragte Jelden**, dass es aktuell 22 Personen gebe, die Telearbeit in Anspruch nähmen. Die Voraussetzungen hierfür seien in einer Dienstvereinbarung geregelt. Ein Auswahlkriterium seien insbesondere soziale Gesichtspunkte. Als schwierig gestalte sich die Umsetzung von Telearbeit in Ämtern mit hohem Kundenverkehr.

Im Rahmen des Betrieblichen Gesundheitsmanagements (BGM) gebe es im präventiven Bereich Vergünstigungen bei Kursen der Kreisvolkshochschulen. Das Betriebliche Eingliederungsmanagement (BEM) würde MitarbeiterInnen angeboten, die mindestens sechs Wochen im Jahr arbeitsunfähig erkrankt waren.

Jobsharing gestalte sich in der Praxis sehr schwierig, da unter anderem Mitarbeiterinnen generell vormittags arbeiten wollten. Man arbeite an der Entwicklung, habe dies aber nicht als Ziel formuliert.

Vorsitzende Kleinert bedankte sich bei der **Gleichstellungsbeauftragten Jelden** für den Bericht.

TOP 8 **Vorstellung des Landespsychiatrieplans**

Prof. Dr. Bredthauer (Leiterin des Amtes für Gesundheitswesen) erläuterte zunächst die Vorgeschichte des Landespsychiatrieplanes von 1975 – 2013. Der Koalitionsvertrag der niedersächsischen Landesregierung aus dem Jahr 2013 trage den Grundsatz: „ambulant vor stationär“.

Im Weiteren erläuterte **Prof. Dr. Bredthauer** die Zusammensetzung und die bisherige Tätigkeit der Fachkommission Landespsychiatrieplan (LPP) sowie den IST-Stand im Land Niedersachsen, wobei sie darauf hinwies, dass Krankheiten wie Demenz und Depressionen nicht mehr stigmatisiert würden.

Als Handlungsfelder wurden identifiziert:

1. Partizipation und Selbsthilfe
2. Versorgung von Kindern und Jugendlichen
3. Erwachsene psychisch kranke Menschen
4. Psychische Erkrankungen im Alter
5. Suchtkranke und psychiatrische Versorgung
6. Maßregelvollzug
7. Planung, Steuerung und Koordination

Hierzu stellte **Prof. Dr. Bredthauer** entsprechende Handlungsempfehlungen, Strategien und Entwicklungsschritte vor.

Abschließend erläuterte sie den aktuellen Umsetzungstand beim Landkreis Aurich, der u. a. am Projekt ReduFix Nordseeküste teilnimmt und den Kinder-Jugendpsychiatrischen Dienst im Amt für Gesundheitswesen aufbaut.

TOP 9 **Sachstandsbericht zur Gesundheitsregion**

Kreisrätin Krabbe berichtete, dass es bereits Gespräche mit der Kassenärztlichen Vereinigung gegeben habe. Man sei sich einig, eine Gesundheitsregion nicht nur wegen der Fördergelder auf den Weg zu bringen. Vielmehr sei zielorientiertes Arbeiten notwendig um die wenigen Kapazitäten gezielt zu nutzen.

Prof. Dr. Bredthauer ergänzte, dass am 18.01.2018 das nächste Treffen der Akteure in Aurich stattfindet. Dabei gehe es um die gezielte Rekrutierung von Nachwuchskräften in den Bereichen Ärzte und Pflege und Werbung für die Region. Man werde die Akquise von Fördergeldern weiter beobachten. Der Verwaltungsaufwand für die Förderung einer Gesundheitsregion sei jedoch zu groß.

TOP 10 **Verschiedenes, Wünsche, Anregungen**

Abgeordneter Warmulla bezog sich auf den Beschluss des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung vom 15.08.2017 wonach der Stundenlohn der IntegrationshelferInnen zum 01.08.2017 um die bundesweite Grundlohnsummensteigerung für die Jahre 2016 und 2017 (insgesamt 5,45 %) erhöht werde und die Verwaltung ein Konzept für den künftigen Einsatz und die Entlohnung der IntegrationshelferInnen erstellen solle. Hierzu erbat er einen Sachstandsbericht zu dem Prüfungsbericht des Landesrechnungshofs. Gleichzeitig kündigte er an, die Erhöhung des Stundenlohns für IntegrationshelferInnen auf 12,50 € zu beantragen.

Vorsitzende Kleinert verwies auf die Diskussion und die Beschlussfassung in der Sitzung am 15.08.2017.

Erster Kreisrat Dr. Puchert betonte nochmals, nicht nur die wirtschaftliche Seite sondern auch die Qualität der Arbeit zu betrachten und verwies auf die komplexe Lage, die sich daraus ergäbe. Die kurzfristige Lohnsteigerung sei ein Signal, es werde im nächsten Jahr eine weitere Erhöhung um etwa 3 % geben. Daneben werde weiter an einem Konzept gearbeitet. Es gebe Gespräche mit den Schulen, die bereits weit fortgeschritten seien. Es würden Verbünde zwischen Grundschulen und weiterführenden Schulen angedacht. Es sollen Poollösungen auf den Weg gebracht werden. Es gebe bislang keine bedarfsgerechte Hilfe an den Schulen. Hierzu werde ein Konzept zur Beschlussfassung vorgelegt.

Beratendes Mitglied Bagusat wies nochmals darauf hin, dass IntegrationshelferInnen bis zum Jahr 2010 in einem tariflichen Beschäftigungsverhältnis standen und dann außertariflich über die Kreisvolkshochschulen beschäftigt wurden, was zu einem niedrigerem Einkommen geführt habe.

Beratendes Mitglied Hülsebus erläuterte, dass für eine höhere Bezahlung auch eine entsprechende Qualifizierung und Tätigkeit notwendig wären. Dies erfordere jedoch auch eine detaillierte Planung des Einsatzes und der Bezahlung. Eine pauschale Erhöhung auf 12,50 € sei aus tariflicher Sicht bereits nicht möglich.

Vorsitzende Kleinert erklärte abschließend, dass die Diskussion und die kurzfristige Lohnsteigerung nur ein Einstieg gewesen seien und nunmehr ein Konzept erarbeitet würde.

TOP 11 **Einwohnerfragestunde**

Es lagen keine Wortmeldungen vor.

TOP 12 **Schließung der Sitzung**

Vorsitzende Kleinert schloss den öffentlichen Teil der Sitzung um 17:49 Uhr.

gez. Kleinert
Vorsitzende

gez. Schäfer
Protokollführer